

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 03.12.2019

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:06 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Nils Bader - SPD

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Vertretung für: Herrn Detlef Kühn

Frau Ellen Hannebohn - SPD

Frau Antje Keller - CDU

bis 16:55 Uhr

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Dennis Scholze - SPD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat e. V.

Frau Dr. Annette Rohling - Seniorenrat Braunschweig

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD

Herr Maximilian Pohler - CDU

bis 16:14 Uhr

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD

Herr Felix Nordheim - CDU

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Gäste

Frau Kleinhenz-Jeanot - Ernst & Young GmbH

Frau Kunzmann - Partnerschaft Deutschland GmbH

Herr Lehnert - Partnerschaft Deutschland GmbH
Herr Stephan Lemke - Stadthalle Braunschweig GmbH
Herr Dr. Schwarte - iwb Ingenieurgesellschaft mbH
Herr Kai Oliver Stindt - Varnhorn + Stindt Architekten

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent II
Herr Christian Geiger - Dezernent VII
Herr Markus Schlimme - FBL 20
Herr Klaus Benscheidt - FBL 66
Herr Wilhelm Eckermann - stv. FBL 65
Frau Ulrike Balks - FB 20
Herr Lars Delfs - FB 20
Herr Carsten Beddig - AbtL 65.1
Herr Thomas Sasse - Referat 0670

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder
Herr Detlef Kühn - SPD entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Christian Bley - Die Fraktion P² entschuldigt

Verwaltung

Frau Bianca Winter - ReiL 0600

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
 - 2 Einleitung eines Vergabeverfahrens zur Vergabe eines Auftrages zur Sanierung der Stadthalle einschließlich der festgelegten betrieblichen Leistungen 19-12314
 - 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29.10.2019
 - 4 Mitteilungen
 - 4.1 Jugendzentrum B58, Bültenweg 19-12067
Machbarkeitsstudie zu Sanierung, Umbau und Erweiterung bzw.
Ersatzneubau des Jugendzentrums B58
Sachstand und weiteres Vorgehen
 - 4.2 Sachstandsbericht Schulbauprojekte

4.3	Grundschule Rautheim Neubau Ganztagsbetrieb und Erweiterung zur Dreizügigkeit	19-12259
4.4	Mündliche Mitteilungen	
5	Anträge	
5.1	Koppelung der Parkgebühren in der Innenstadt an die Ticketpreise im ÖPNV	19-12294
5.2	Umsetzung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern	19-12226
5.2.1	Umsetzung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern	19-12226-01
6	Neubau der städtischen Kindertagesstätte Stöckheim-Süd Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	19-11930
7	Sporthalle Nibelungen-Realschule, Arminiusstr. 4, 38112 Braunschweig Oberlicht-/Dachsanierung Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	19-12182
8	Kita Neue Knochenhauerstr. 5, Umbau für zwei weitere Krippengruppen Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	19-12197
9	Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen - Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung -	19-11674
9.1	19-11674-01 Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen - Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung -	
10	Anfragen	
10.1	Fehlbefüllung / Sonderleerung der gelben Wertstofftonnen	19-12299
10.1.1	Fehlbefüllung / Sonderleerung der gelben Wertstofftonnen	19-12299-01
10.2	WC-Anlage Kultviertel - Sachstandsanfrage	19-12297
10.2.1	WC-Anlage Kultviertel - Sachstandsanfrage	19-12297-01
10.3	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 findet eine gemeinsame Sitzung mit dem Finanz- und Personalausschuss statt. Ratsherr Köster begrüßt dazu die anwesenden Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses. Die Ausschüsse stimmen über die Vorlage DS 19-12314 unter TOP 2 getrennt ab.

2. Einleitung eines Vergabeverfahrens zur Vergabe eines Auftrages zur Sanierung der Stadthalle einschließlich der festgelegten betrieblichen Leistungen 19-12314

Ratsherr Köster begrüßt zu diesem TOP Herrn Lemke (Stadthalle Braunschweig Betriebs-GmbH), Frau Dr. Kleinhenz-Jeanot (Ernst & Young GmbH), Frau Kunzmann und Herrn Lehner (Partnerschaft Deutschland GmbH) sowie Herrn Dr. Schwarte (iwb Ingenieurgesellschaft mbH).

Herr Schlimme führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Ratsherr Sommerfeld kritisiert, dass die Kosten für eine Eigenrealisierung erst dann offengelegt werden, wenn die konkreten Angebote der Bieter vorliegen. Frau Kunzmann erläutert zum Wirtschaftlichkeitsvergleich, dass die Vergabeunterlagen derzeit erstellt werden. Wenn diese vollständig vorliegen, wird auf dieser Grundlage noch einmal überprüft, ob die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung noch Bestand hat. Ebenso werden die zeitlichen Abläufe geprüft und das Finanzierungsmodell aktualisiert. Zu einem Zeitpunkt deutlich vor Eingang der ersten Angebote wird eine neue Eigenrealisierungsvariante vorliegen. Diese wird dann Grundlage für das Verfahren und den Vergleich der Angebote mit der Eigenrealisierungsvariante sein. Zu diesem Zeitpunkt und vor Eingang der Angebote wird Transparenz über die Kosten einer prognostizierten Eigenrealisierung bestehen.

Ratsherr Sommerfeld fragt ergänzend, ob die voraussichtlichen Kosten der Eigenrealisierung den Ratsgremien vor Eingang der Angebote übermittelt werden. Frau Kunzmann verweist dazu auf die Regularien des Vergabeverfahrens, bei dem Bieter und Öffentlichkeit keine Informationen über das Zustandekommen der Vergleichswert erhalten dürfen. Ratsherr Sommerfeld erinnert an die Möglichkeit einer nichtöffentlichen Behandlung, die bei dem wesentlich komplizierteren Verfahren der Konzessionsvergabe für Strom und Gas dennoch umfangreiche Informationen gegenüber den Ratsgremien erlaubte.

Ratsherr Rosenbaum bittet um Erläuterung zur Schnittstelle zur Stadthalle im späteren Betrieb. Herr Schlimme informiert, dass die PD keine Betriebsleistung übernimmt. Die PD ist beauftragt, die Verwaltung in der Bauphase als Projektsteuerer zu begleiten und insgesamt dafür Sorge zu tragen, dass ein Auftragnehmer sowohl die Bauleistung übernimmt als auch anschließend für den Betrieb im vorgesehenen Zeitraum von 20 Jahren verantwortlich ist. In der funktionalen Leistungsbeschreibung sind entsprechende Regelungen aufgenommen worden.

Beschluss:

1. Der Einleitung und Durchführung eines Vergabeverfahrens zur Vergabe eines Auftrages über die Durchführung und die Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen, der werterhaltenden Instandhaltung sowie ausgewählter Betriebsleistungen für die Stadthalle Braunschweig wird zugestimmt.
2. Der Rat behält sich die Beschlussfassung über die Zuschlagserteilung vor.
3. Voraussetzung für die Zuschlagserteilung ist, dass das zu beauftragende Angebot im Vergleich zu den im Rahmen eines Wirtschaftlichkeitsnachweises zu ermittelnden Kosten der Eigenrealisierung nicht über diesen Kosten liegt.
4. Die Zuschlagserteilung soll nach Maßgabe folgender Kriterien und Gewichtung erfolgen:
 - a) 60 %: Preis (Barwert der Entgelte)

b) 40 %: Qualität

Das Hauptkriterium „Qualität“ untergliedert sich in der 2. Ebene weiter in die Unterkriterien:

15 %: Bauliche Qualität

25 %: Qualität Technisches Gebäudemanagement

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA):

dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 2

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29.10.2019

Die Genehmigung des Protokolls (öffentlicher Teil) wird zur nächsten Sitzung zurückgestellt, da dieses wegen eines technischen Fehlers nicht bei allen Ausschussmitgliedern vorlag.

4. Mitteilungen

4.1. Jugendzentrum B58, Bültenweg

19-12067

Machbarkeitsstudie zu Sanierung, Umbau und Erweiterung bzw.

Ersatzneubau des Jugendzentrums B58

Sachstand und weiteres Vorgehen

Ratsherr Köster begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Stindt vom Architekturbüro Varnhorn + Stindt Architekten.

Ratsherr Manlik macht bezugnehmend auf die Frage der Sanierung oder eines Neubaus an gleicher Stelle auf die Probleme des Standortes aufgrund der Parkplatzsituation und der maroden baulichen Substanz des Gebäudes aufmerksam. Er verweist auch auf die beabsichtigte Sanierung des Bienroder Wegs. Ein Neubau an einem anderen Standort wie z. B. im Bereich der Technischen Universität ist aus seiner Sicht in vielerlei Hinsicht vorteilhaft.

Stadtbaurat Leuer verweist auf die in der Machbarkeitsstudie erfolgte Betrachtung eines Neubaus an anderer Stelle. Gespräche hierzu werden geführt. Bei Betrachtung des Verwaltungsentwurfs für den Haushalt werde jedoch deutlich, dass das B 58 in Konkurrenz zu zahlreichen anderen Projekten steht. Es wird daher eine Parallelität zwischen der Entwicklung des Coliving Campus und der weiteren Entwicklung des B 58 geben. Zu einem späteren Zeitpunkt muss ein konkreter Vergleich zwischen Neubau an dieser Stelle und dem an anderer Stelle erfolgen.

Ratsherr Manlik drängt auf eine konstruktive Prüfung eines Standortes an der Technischen Universität.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Keller zum weiteren Vorgehen erläutert Stadtbaurat Leuer, dass die Verwaltung mit dem Haushalt einen Vorschlag zur Reihenfolge der Bearbeitung unterbreitet hat. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass zunächst prioritär in die Schulinfrastruktur investiert werden muss. Eine konkrete Ausplanung des B 58 ist in der nächsten Zeit nur möglich, wenn Mittel im Haushalt eingestellt sind. Eine Bearbeitung von Projekten, die nicht die oberste Priorität haben, ist nicht möglich. Daher ist es auch richtig, dass die Verwaltung mögliche andere Grundstücke prüft und sich mit der Frage der Sanierung mit einem geringeren Kostenvolumen und einem geringeren Raumprogramm auseinandersetzt.

Für Ratsfrau Jalyschko ist deutlich geworden, dass sich die Standortdiskussion noch am Anfang befindet. Sie hält es für richtig, dass die Verwaltung dazu noch keine zu konkreten Aussagen gemacht hat, da insbesondere beim B 58 der Standort eine bedeutende Rolle spielt. Mit dieser Thematik muss sehr sensibel umgegangen werden. Da sie vom Standortvorschlag Coliving Campus noch nicht überzeugt ist, erachtet sie die Prüfung weiterer Standorte als positiv. Auch mit dem Thema Nachnutzung müsse aus Sicht von Ratsfrau Jalyschko sehr sensibel umgegangen werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Sachstandsbericht Schulbauprojekte

Herr Eckermann stellt den Sachstandsbericht Schulbauprojekte mittels einer Präsentation vor.

Protokollnotiz: Bürgermitglied Pohler verlässt um 16:14 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Keller informiert Herr Eckermann, dass die Baumaßnahmen an der Neuen Oberschule und dem Lessinggymnasium prinzipiell abgeschlossen sind. Es hat sich jedoch als schwierig herausgestellt, für den Anschluss an sämtliche Medien und ähnliche ergänzende Maßnahmen wirtschaftlich vertretbare Angebote zu erhalten. Dies hat einige Zeit in Anspruch genommen und zu leichten Verzögerungen geführt. Bis Jahresanfang werden die Maßnahmen abgeschlossen sein. Interimsanschlüsse wären nicht praktikabel gewesen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Grundschule Rautheim

Neubau Ganztagsbetrieb und Erweiterung zur Dreizügigkeit

19-12259

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.4. Mündliche Mitteilungen

4.4.1

Stadtbaurat Leuer kündigt den Termin einer Sondersitzung des Bauausschusses am Montag, 2. März 2020, 14 Uhr, an.

4.4.2

Herr Benscheidt berichtet unter Bezugnahme auf einen Hinweis auf Parkverstöße mit Lkw am Bahnübergang Bienroder Weg, dass eine erneute Kontrolle durchgeführt wurde. Die Verwaltung wird Poller aufstellen, um hier künftig das Parken zu verhindern.

4.4.3

Ratsherr Manlik greift das Thema auf und gibt einen ergänzenden Hinweis zu der gegenüberliegenden Fahrbahnseite des Bienroder Wegs. Autofahrer fahren dort über den Geh-/Radweg und stellen ihre Fahrzeuge auf der fahrbahnabgewandten Seite der Poller ab und behindern die Sicht der aus dem Grundstück Fahrenden auf querenden Fahrzeuge.

4.4.4

Bürgermitglied Nordheim hatte in der BA-Sitzung vom 3. September 2019 darauf aufmerksam gemacht, dass bei Ummarkierungen im Bereich Celler Straße/Amalienplatz Phantommarkierungen entstanden seien. Herr Benscheidt berichtet dazu, dass die Bellis GmbH die Demarkierung zwischenzeitlich erneuert hat und die Verwaltung die Verkehrssituation weiterhin kontrollieren wird.

4.4.5

Ratsherr Sommerfeld hatte bzgl. des Baus eines Radwegs von Völkenrode bis zum Bortfelder Kreisel in der Sitzung vom 2. Oktober auf das von der Initiative „Radweg jetzt!“ angeführte Vorgehen der Gemeinde Ilsede verwiesen und um Klärung gebeten, ob das dortige Vorgehen nicht auch in Braunschweig Anwendung finden kann. Herr Benscheidt informiert über die Auskunft der Gemeinde Ilsede, dass Planungsmittel für 2020 zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie eingeplant wurden. Die Absicht, den Radweg eigenständig zu planen, besteht dort jedoch nicht. Auch die Gemeinde Wendeburg, die Partner der Stadt Braunschweig beim Bau eines Radwegs von Völkenrode bis zum Bortfelder Kreise wäre, beabsichtigt nicht in

Vorleistung zu treten. Vom Land Niedersachsen wurde der Verwaltung nicht signalisiert, dass eingeleitete Planungen zu einer prioritären Behandlung von Projekten führen.

5. Anträge

5.1. Koppelung der Parkgebühren in der Innenstadt an die Ticketpreise im ÖPNV 19-12294

Ratsfrau Jalyschko erläutert den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN.

Ratsherr Rosenbaum zeigt sich von dem Wortlaut des Antrags irritiert. Er sieht darin eine wenn auch unbeabsichtigte Erhöhung der Preise im ÖPNV. Ziel müsse hingegen die Preissenkung im ÖPNV sein.

Ratsfrau Jalyschko verdeutlicht die Zielrichtung des Antrags. Sie ist überzeugt, dass dieser Antrag einer Besserstellung der Nutzung des ÖPNV dient.

Ratsherr Sommerfeld erklärt, dass er die Zielrichtung des Antrags grundsätzlich teilt. Die feste Kopplung birgt jedoch ein Problem, da Aspekte, die auch betrachtet werden und die ggf. individuell geregelt werden müssen, in dem Antrag in der vorliegenden Fassung nicht hinreichend berücksichtigt werden. Er regt an, den Antrag passieren zu lassen.

Ratsherr Köster verweist auf den Status Braunschweigs als Einkaufsstadt und bezieht sich dazu auf eine Stellungnahme des AAI. Ein Großteil der Braunschweigerinnen und Braunschweiger fahre bereits jetzt schon nicht mit dem Pkw in die Innenstadt. Auswärtige, die mit dem Fahrzeug anreisen, biete sich die Möglichkeit, zum Einkaufen auch in andere Städte zu fahren. Er warnt davor, Braunschweig als Einkaufsstadt zu schädigen und lehnt den Antrag ab.

Ratsherr Scherf schließt sich der Argumentation von Ratsherr Rosenbaum an und wird dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen.

Für Ratsherr Bader erscheint die Begründung des Antrags missverständlich. Weiter verweist er auf die vor zwei Jahren erfolgte Änderung der Parkgebührensatzung. Einen Erfahrungsbericht erachtet er zur Bewertung als sinnvoll.

Ratsfrau Jalyschko schließt sich dem Vorschlag auf passieren lassen an. Zu den inhaltlichen Vorbehalten erklärt sie, dass im Antrag deutlich wird, dass die Verwaltung einen Entwurf erstellen soll, wie sich die Grundidee in die Parkgebührensatzung einbinden lässt. Dies bedeutet auch, dass nicht der Antrag wortwörtlich Grundlage sein solle, sondern eine von der Verwaltung erarbeitete, rechtsichere Formulierung, die nicht fehlinterpretiert werden kann.

Beschluss:

Die Entwicklung der Parkgebühren für das Parken auf öffentlichen Straßen und Plätzen wird künftig an die Entwicklung der Ticketpreise im ÖPNV gekoppelt. Dabei soll der Grundsatz gelten, dass das Parken in der Parkgebührenzone I mit einer Dauer von 90 Minuten mindestens dem Preis eines Einzelfahrtscheins im Stadt tarif für den ÖPNV mit einer Geltungsdauer von ebenfalls 90 Minuten entspricht. Künftige Preissteigerungen bei diesen Fahrscheinen führen automatisch auch zu einer entsprechenden Erhöhung der Parkgebühren. Die Verwaltung wird gebeten, diesen Grundsatz der Koppelung der Parkgebühren an die Ticketpreise im ÖPNV in einer überarbeiteten Fassung der Parkgebührenordnung zu berücksichtigen und diese dem Rat möglichst noch im ersten Halbjahr 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind auch die Gebühren für die anderen Parkzeiten und ggf. für die Parkgebührenzone II zu berücksichtigen.

Der Bauausschuss lässt den Antrag 19-12294 ohne Beschlussempfehlung in der Sache passieren.

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Passieren lassen):

dafür: 7 dagegen: 4 Enthaltungen: 0

5.2. Umsetzung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern 19-12226

Ratsherr Sommerfeld informiert, dass von ihm am Vormittag ein Änderungsantrag eingereicht wurde, der jedoch nicht zu den Sitzungsunterlagen gelangt ist. Er regt an, diesen Antrag passieren zu lassen und den Planungs- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am 5. Dezember 2019 darüber entscheiden zu lassen.

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung der Verwaltung zum weiteren Vorgehen bei PV-Anlagen.

Beschluss:

1. Auf allen gemäß Ausrichtung und Sanierungsstand geeigneten städtischen Dächern (z. B. Mitteilungen der Verwaltung bzw. Beschluss 13359/13), für die keine Begrünung vorgesehen ist, werden innerhalb der nächsten 4 Jahre Photovoltaik-Anlagen installiert.
 2. Priorität hat dabei die Variante, dass die Stadt die Anlagen selbst errichtet und betreibt und damit die Eigenstromversorgung des Gebäudes absichert.
 3. Ist dies aus Kapazitäts- oder Kostengründen auf absehbare Zeit nicht möglich, wird ein Miet-Modell verfolgt: Die Stadt stellt die Dächer Vereinen oder Genossenschaften aus der Region zur Verfügung, mietet die dann darauf installierten PV-Anlagen wieder zurück und kann somit den Vorteil der Eigenstromnutzung nutzen.
 4. Soweit keine technischen oder baulichen Gegebenheiten dem entgegenstehen, wird die Anlagengröße der jeweils zur Verfügung stehende Dachfläche angepasst und nicht einer wenig aussagekräftigen „Grundlast“

Der Bauausschuss lässt den Antrag 19-12226 ohne Beschlussempfehlung in der Sache passieren.

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Passieren lassen):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5.2.1. Umsetzung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern 19-12226-01

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme 19-12226-01 der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Neubau der städtischen Kindertagesstätte Stöckheim-Süd 19-11930
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 29.11.2018 (Beschlussvorlage 18-09059) zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 02.10.2019 auf 3.427.900 € festgestellt."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Sporthalle Nibelungen-Realschule, Arminiusstr. 4, 38112 Braunschweig 19-12182
Oberlicht-/Dachsanierung
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 26.04.2019 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemangement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 29.09.2019 auf 610.000 € festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Kita Neue Knochenhauerstr. 5, Umbau für zwei weitere Krippengruppen 19-12197
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 21.08.2019 zugestimmt. Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereiches Hochbau und Gebäude- management - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 08.10.2019 auf 340.000 € fest- gestellt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. **Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen** 19-11674
- Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung -

9.1. **19-11674-01 Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen**
- Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung -

Die von der Verwaltung angekündigte Ergänzungsvorlage DS 19-11674-01 wurde nicht zur Sitzung vorgelegt. Die Vorlage wird daher zur Beratung in der nächstfolgenden Sitzung am 13. Dezember 2019 zurückgestellt.

10 Anfragen

- 10.1. Fehlbefüllung / Sonderleerung der gelben Wertstofftonnen** 19-12299
Botschaft Rosenbaum bringt die Anfrage der BIRS-Fraktion ein.

- ## **10.1.1. Fehlbefüllung / Sonderleerung der gelben Wertstofftonnen** 19-12299-01

Protokollnotiz: Ratsfrau Keller verlässt um 16:55 Uhr die Sitzung

Die Stellungnahme 19-12299-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.2. WC-Anlage Kultviertel - Sachstandsanfrage

19-12297

Ratsfrau Jalyschko bringt die Anfrage für die Fraktion P² ein.

10.2.1. WC-Anlage Kultviertel - Sachstandsanfrage

19-12297-01

Herr Eckermann beantwortet die Anfrage 19-12297.

Die Stellungnahme 19-12297-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.3. Mündliche Anfragen

10.3.1

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko informiert Stadtbaurat Leuer, dass Hinweise auf eine zu geringe Anzahl öffentlicher Abfallbehälter zur Prüfung an die Abteilung Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft im Fachbereich Tiefbau und Verkehr gerichtet werden können.

Ratsherr Dobberphul berichtet über seine Beobachtung auf dem Kohlmarkt am Samstag, 30. November, dass gegen 23 Uhr sämtliche Mülleimer überquollen. Er fragt, ob dies ein Einzelfall oder ein Indiz für eine zu geringe Anzahl an Behältern sei. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass nicht auf alle Spitzenzeiten reagiert werden könne. Spätestens am nächsten Morgen würden die Behälter wieder geleert und das Umfeld gereinigt.

10.3.2

Herr Kamphenkel weist auf Beschwerden zur Verkehrssituation in der Maschstraße hin und erinnert an eine Begehung mit der Verwaltung und dem Bezirksrat vor einigen Monaten. Herr Benscheidt verweist auf einen vor etwa zwei Jahren erfolgten Vorschlag der Verwaltung zur Optimierung der Verkehrssituation. Auf Entscheidung des Stadtbezirksrates 310 - Westliches Ringgebiet wurde dieser jedoch nicht weiterverfolgt. Aus diesem Grund erscheint es derzeit schwierig, gegen die Entscheidung des Stadtbezirksrates Veränderungen vorzunehmen. Insofern kann sich nur auf die bei der Ortsbegehung besprochenen punktuellen Verbesserungen beschränkt werden.

Die Sitzung endet um 17:06 Uhr.

gez. Köster

- Vorsitz -

gez. Leuer

- Stadtbaurat -

gez. Ender

- Schriftführung -